

# Wieso TTIP auch vielen Hildesheimern großes Unbehagen bereitet

90 Menschen hören der Grünen-Politikerin Ska Keller zu, die in der Bischofsmühle ihre Bedenken gegen das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA erklärt

VON WIEBKE BARTH

**HILDESHEIM.** T-T-I-P. Diese Buchstaben bringen auch in Hildesheim viele Menschen auf die Palme. Dabei reicht der Widerstand gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, für das die Abkürzung steht, vom konservativen bis zum linken Lager. Was an TTIP so gefährlich sein könnte, hat die Grünen-Europa-Abgeordnete Ska Keller jetzt auf Einladung des lokalen Bündnisses gegen das Abkommen in der Bischofsmühle erklärt. 90 Hildesheimer hörten zu.

Die 33-Jährige gehört seit 2009 dem Europa-Parlament an, das dem Abkommen am Ende der Verhandlungen zustimmen soll. Doch das werde sie nicht tun, sagt Keller – und erklärt auch warum. Dabei erläutert sie nicht nur die vielfach diskutierten Bedenken der TTIP-Gegner, sondern macht auch einen Mangel an Transparenz deutlich. Selbst als Mitglied im Handelsausschuss sei es ihr lange nicht möglich gewesen, Einblick in die Verhandlungsprotokolle zu erhalten: „Die Positionen der Handelspartner werden nicht öffentlich gemacht.“

Inzwischen dürfe sie zwar Dokumenten einsehen, sich aber nur allein in einem geschlossenen Raum Notizen auf markiertem Papier machen, berichtet Keller. Die Weitergabe dieser Informationen ist verboten.

Mehrfach erwähnt sie ein „Leak“ (also ein Leck) als Quelle von Informationen, die auf inoffiziell Weg an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Die Europa-Kommission, die im Auftrag der Regierungen die TTIP-Verhandlungen führt, habe erklärt, diese seien ungewöhnlich transparent. „Das stimmt leider“, sagt Keller. Denn Geheimniskrämerei sei bei Handelsabkommen üblich. Und solche Abkommen gebe es eine Menge.

„Es geht nicht um Blinker oder Zölle“, sagt die Grünen-Abgeordnete. Gegen eine Vereinheitlichung technischer Vorgaben, die den Austausch von Waren vereinfachen könnte, sei nichts einzuwenden. Doch die Vereinbarungen würden sehr viel weiter gehen. Das Problem: Wenn dem Europa-Parlament das Abkommen vorgelegt wird, sind die Verhandlungen zu Ende. Dann können die

Abgeordneten nur noch Ja oder Nein sagen, aber keine einzelnen Punkte mehr ändern. Das gleiche gilt für die anschließende Abstimmung in den Parlamenten der EU-Mitgliedsstaaten: „Das ist ein Kernproblem des europäischen Handelsrechts.“

Keller spricht in der Mühle auf Einladung des Hildesheimer Bündnisses gegen TTIP, dem das Bündnis 90/Die Grünen angehören, die Linke, der BUND, der DGB Kreisverband, die Katholische Arbeitnehmerbewegung und die IG Metall Alfeld-Hameln-Hildesheim. Moderiert wird der Abend von Detlef Ramisch von Greenpeace.

Greenpeace gehöre zwar nicht dem Bündnis an, arbeite aber eng mit ihm zusammen, betont Ramisch.

Das Bündnis bezieht klar Stellung: „TTIP-Verhandlungen sofort beenden“ heißt es in einem Faltblatt. Die Gegner des Abkommens befürchten, dass die sehr unterschiedlichen Standards von EU und USA beim Umwelt- und Verbraucherschutz sowie den Arbeitnehmerrechten jeweils auf dem niedrigsten gemeinsamen Level zusammengebracht werden. Keller nennt einen weiteren Einwand: die Nachteile für Schwellenländer, die bei den Handelsabkommen außen vor blieben.

Doch die größten Bedenken gibt es wegen des geplanten Investitionsschutzes. Der sehe vor, dass Unternehmen von einem Staat Schadensersatz verlangen können, wenn neue Schutzgesetze ihren Gewinn schmälerten. Über ihre Ansprüche würde ein Schiedsgericht entscheiden, das nicht öffentlich verhandelt. Hierin sehen TTIP-Gegner eine Gefahr für die Demokratie. Die Angst vor Klagen und hohen Entschädigungsansprüchen könne die Gesetzgebung beeinflussen.

Keller trägt die Bedenken knapp und verständlich vor, dann stellt sie sich den zahlreichen und detaillierten Fragen der Zuhörer. Es dauert zwei Stunden, ehe deren Wissensbegier befriedigt war. Was sie denn nun selbst tun könne, um TTIP zu verhindern, fragt eine Frau zum Schluss. Keller rät, sich an Demonstrationen zu beteiligen oder die eigenen Abgeordneten direkt und persönlich anzusprechen. Oder noch besser, gleich anzurufen. Die Meinung der Wähler sei den Abgeordneten wichtig.



„Am Ende können wir EU-Abgeordneten nur noch Ja oder Nein sagen“: Ska Keller schildert Moderator Detlef Ramisch, was sie alles am Handelsabkommen stört.

Foto: Barth

## Setzen auf Standards, Bangen um Zucker: differenzierte Haltung in der hiesigen Wirtschaft

Hildesheims größter Arbeitgeber **Bosch** sieht TTIP eher positiv: „Wir unterstützen die Absicht einer umfassenden Freihandelszone zwischen EU und USA“, sagt Sprecherin Claudia Arnold. Besonders wichtig sei dem Unternehmen dabei der Erhalt hoher Qualitätsstandards: „Mehr Sicherheit, Umweltschutz und Komfort können nur mit mehr und anspruchsvoller Technik erzielt werden.“ Wobei in vielen Bereichen die US-Standards sogar höher seien als die europäischen – etwa die Vorgaben für Crashtests und Airbag hätten ihren Ursprung in den Vereinigten Staaten. Einheitliche Standards könnten

zum Beispiel den Aufwand für doppelte Tests und Zertifizierungen verringern. Grundsätzlich sei Bosch dafür, die Chancen von TTIP stärker zu betonen. Wichtig sei aber auch, kritische Stimmen in den Verhandlungen zu berücksichtigen. Eher skeptisch beurteilt der Alfelder Deckel-Dichtungshersteller **Meyer Seals** die Auswirkungen von TTIP auf das Unternehmen. Der Wegfall von Zöllen könne amerikanischen Wettbewerbern Preisvorteile in Europa bringen, zumal man hier unter hohen Energiekosten leide. Fazit von Geschäftsführer Ulrich Behre: „Für uns sehe ich eigentlich keine Vorteile.“

Sehr aufmerksam verfolgen hiesige **Landwirte** die Verhandlungen. „Die EU kann sich solchen Bestrebungen nicht verschließen, ohne von bedeutenden Welt-handels-Aktivitäten ausgegrenzt zu werden“, findet Kreislandwirt Wolfgang Rühmkorf. Doch er mahnt: Beim Verbraucherschutz agiere die EU weitaus vorsorgender als die USA, etwa in Sachen Tier- und Umweltschutz. Das liege auch am Sicherheitsanspruch der Bevölkerung. Folge: Vielfach höhere Herstellungskosten in der EU. Rühmkorf fordert: Die hiesigen Standards sollen durch TTIP nicht ausgehöhlt werden. Mit Blick auf die Region hat

er dabei besonders Zucker und Backweizen im Visier und fordert, die Landwirtschaft dürfe in den Verhandlungen nicht zur Nebensache werden. Das würde die **Nordzucker AG** sicher unterschreiben. „Zucker gehört in Freihandelsabkommen wie TTIP grundsätzlich nicht hinein“, betont Sprecherin Tanja Schneider-Diehl. „Strenge und wirkungsvolle Ursprungsregeln für Zucker sind sehr wichtig.“ Ohne solche Regeln bestehe die Gefahr, dass zum Beispiel aus Mexiko in die USA verkaufter Zucker anschließend als US-amerikanischer Zucker in die EU exportiert werde.“ *abu*